Redaction täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfgr., durch die Post 2 Mark 75 Pfgr. Einzel-Nummer 10 Pfg.
Auflage 35000 Exemplare.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme-Exclusivität: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidenbank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zur Neuhalt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse No. 3 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 30 Pfg.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen, 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 36. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Dunstig, zeitweise heiter, Temper.-Verhältn. gleichbleibend, ruhig. **Dresden. Donnerstag, 5. Februar.**

Politisches.

Fällt es bei der wachsenden Steuerlast schon der Einzelwirthschaft heutzutage sauer genug, das Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Einnahme innezuhalten, so ist die Kunst der Finanzminister, dieser Verwalter der Gesammtwirthschaft, ein derartiges Gleichgewicht herzustellen, nicht minder groß. Auf was für Einfälle müssen sie heute kommen, lediglich um den Ansprüchen der Militärverwaltung gerecht zu werden! Ihre sorgfältigst auscalculirten Ziffern, ihre mit größter Gewissenhaftigkeit aufgestellten Budgets werden im Nu über den Haufen geworfen, weil es plötzlich den Militärgewaltigen in Berlin beikommt, neue Millionen für ihre Zwecke zu beanspruchen. Nun heißt's: Ihr Excellenzen, sinnt neue Steuern aus! In dieser Lage erblickte am Montag die 2. Kammer Sachsens den Finanzminister v. Könneritz. Diesem Staatsmann ist das harte Loos beschieden, die unpopulärsten Dinge zu vertreten. Er übernahm das Finanzportefeuille mit der lästigen Erbschaft der neuen Einkommensteuer und den zu theuer bezahlten Privatbahnen in einem Zeitpunkte, da Handel und Wandel von Monat zu Monat zurückgingen und die Staatsindustrien Einnahmen von einer Tiefe zeigten, wie sie noch kein Budget aufzuweisen hatte. Daneben gingen die militärischen Mehrforderungen von Berlin ruhig ihren Weg. Wohl oder übel übersteht das Land diese traurige Periode; der Reichstag beschließt Erhöhung der indirekten Steuern, um die von den Einzelstaaten bezahlten direkten Steuern zu ermäßigen, die Finanzminister aller Bundesstaaten athmen auf, sie stellen einen ziemlich hoch gegriffenen Beitrag des Reiches als Einnahme in ihre Landesbudgets .... auf einmal klirrt in Berlin der bekannte Kürassiersäbel, die Finanzminister Deutschlands wissen so gut wie die Völker, was dieses Klirren zu bedeuten hat: ihr ganzes Budget liegt in Scherben! Alles, was das Reich an Ueberschüssen den Einzelstaaten versprochen hatte, hält es zurück für neue Militärausgaben. In das sächsische Budget waren als unser Antheil am Ertrage der neuen Reichssteuern 4,679,826 Mark eingestellt; diese Ziffer war zu hoch gegriffen; der Etat, wie er dem Bundesrathe vorgelegt ist, mindert den Antheil Sachsens schon auf 2,624,720 Mark herab. Aber diese Summe steht, wie Herr v. Könneritz offen zugab, nur auf dem Papiere; die neue Militärvorlage nimmt sie in Anspruch. Somit stehen wir abermals vor dem Deficit!

Wie es decken? Herr v. Könneritz sagt: Es bleibt Nichts übrig, als entweder die Schlachtsteuer erhöhen — da protestirt die Landwirthschaft durch den Abg. Gunther — oder die Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vermehren — da protestiren die conservativen, nationalliberalen und sozialdemokratischen Advokaten Ackermann, Krause und Freytag in rührender Eintracht — oder die Einkommensteuerzuschläge höher zu schrauben — da erschallt von allen Bänken, Parteien und Berufsarten: Nein, nein! Alle diese Herren, wie sie da zum Worte kamen, haben ganz recht, aber die Consequenz hat noch Niemand gezogen: Stimmt in Berlin gegen die Erhöhung der Militärlast, dann braucht Ihr Euch in Dresden nicht die Köpfe zu zerbrechen, wie die Steuern aufgebracht werden müssen. Die Blätter der Partei des nationalliberalen Abg. Krause machen Stimmung für die Militärvorlage; von den beiden conservativen Parteien der Abgeordneten Günther und Ackermann nimmt alle Welt ohne Weiteres an, daß sie für die Militärvorlage stimmen werden. Ob die Abgeordneten Günther und Ackermann im Sinne der sächsischen Conservativen selbst handeln würden, wenn sie dafür stimmten, ist nach den Auslassungen ihres eigenen Organes, des sächsischen „Volksfreundes", einigermaßen zweifelhaft.

Das Blatt bezeichnet nämlich als Aufgabe des Reichstags, sich volle Klarheit darüber zu verschaffen, ob nicht die Kriegssteuer eine unerträgliche Höhe erreicht und im Frieden zu einer Verarmung führt, die für den Krieg selbst nichts mehr übrig läßt. „Auch die conservativen Abgeordneten werden sich dieser Aufgabe keineswegs entziehen dürfen, die freilich gerade ihnen nach der ganzen Ueberlieferung der Partei am schwersten fällt. Wo die Dinge so stehen, wie heute bei uns, da haben sie nicht mehr das Recht, jeder Berufung an ihre Vaterlandsliebe ohne Weiteres Folge zu leisten. Prüfen sollen sie vielmehr mit allem Ernste, ob das Neinsagen nicht unter Umständen patriotischer sein kann, als das Jasagen! Wenn die Reichsregierung besser weiß, was die äußere Lage erfordert, so müssen ihr die Abgeordneten in der Kenntniß der inneren Lage überlegen sein. Wenn jene weiß, was sie nöthig hat, so müssen diese wissen, was das Volk noch geben kann."

Es muß eben zuletzt Jedermann klar werden, daß das Streben, zugleich eine große Kriegsarmee und eine große Friedensarmee zu unterhalten, undurchführbar ist. Die preußische Wehrverfassung beruhte seit Anfang dieses Jahrhunderts auf dem Grundsatz: ein verhältnißmäßig kleines Heer im Frieden, ein desto stärkeres im Kriege. Beides wird nur erreicht durch eine starke Aushebung bei verhältnißmäßig geringer Dienstzeit des Einzelnen. Alle europäischen Großstaaten waren Preußen an Stärke der Friedensarmee überlegen und hatten zugleich eine längere Dienstzeit eingeführt. Ihr Kriegsheer aber war geringer und ihre länger gedienten Soldaten vermochten vor den aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgegangenen Armeen nicht Stand zu halten. Mehr und mehr aber hat in Preußen das berufsmäßige Soldatenthum die Grundlagen der altpreußischen Wehrverfassung durchbrochen und jetzt trachtet man offen darnach: eine große Friedensarmee zu halten, um eine noch größere Kriegsarmee zu schaffen. Das führt natürlich zu ähnlichen ruinösen Ausgaben im Auslande. Das neueste Stückchen der Art ist der Plan Oesterreichs: die Hauptstadt Wien in eine starke Festung umzuwandeln und zu diesem Behufe auf den die Hauptstadt umgebenden Höhen in weitem Bogen Forts und Schanzen zu errichten. Diesen, die Wiener natürlich empörenden Plan, macht ihnen jedoch die österreichische Militärverwaltung in einer Weise mundrecht, die deutlich zeigt, wie sie die Berliner Schule mit Erfolg besucht hat. Es heißt da:

„Angesichts der großartigen, man kann wohl ohne Uebertreibung sagen, noch nie dagewesenen Entwickelung der Wehrkräfte Frankreichs, Deutschlands und Rußlands glaubt man in den militärischen Kreisen einer ernsten Prüfung des Zustandes unserer heimischen Wehrmacht nicht mehr aus dem Wege gehen zu können. Man sagt sich dort: Während Oesterreich-Ungarn mit einem Friedens-Präsenzstand einschließlich der aktiven Landwehr-Abtheilungen von 278,900 Mann und 55,012 Pferden sich zu behelfen sucht, erklärt Deutschland seinen Präsenzstand von 401,695 Mann und 98,000 Pferden für zu schwach, weil Frankreich einen Präsenzstand von 490,000 Mann besitzt. Oesterreich muß also die Offensivkraft Deutschlands und damit zugleich auch jene Rußlands und Italiens in ihrer eventuellen Wirkung auf seine militärische Stellung dadurch zu analysiren, daß die Defensivkraft Oesterreich-Ungarns im richtigen Verhältnisse gehoben wird."

Also in Wien versteht man die deutschen Rüstungen dahin, als seien sie gegen Oesterreich gemünzt, das im Verein mit Rußland und Italien über das Donaureich herfallen könnte? Das ist ja eine reizende Perspektive. Bisher hielten wir Oesterreich für unseren besten, ja einzigen Verbündeten, und dieser glaubt sich jetzt gegen uns in Vertheidigung setzen zu müssen? Was folgt daraus? Daß wir Deutsche noch viel, viel zu wenig gerüstet sind. Und in Berlin wird man diese Konsequenz schon bei Zeiten zu ziehen wissen.

In Italien wird jetzt das gesammte Finanzwachcorps aufgelöst, um ganz militärisch neu formirt zu werden. Eine große Anzahl ehemaliger Armee-Offiziere soll demselben einverleibt werden. Die Nachricht, obschon an sich nicht wichtig, ist doch ein interessanter Beitrag zur Charakteristik des bewaffneten Friedens, in dem wir leben. Vielleicht besteht ein leiser Zusammenhang mit der Thatsache, daß König Humbert soeben die Würde eines Ehren-Präsidenten der „Società dei Mille" — des Vereins der alten Garibaldianer von 1860 — angenommen und sich in einem längeren Handschreiben für die Wahl bedankt hat.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 4. Februar. Das Abgeordnetenhaus genehmigte in der Fortsetzung der Sitzung den Erwerb der rheinischen Bahn mit 223 gegen 144 Stimmen, sowie den Erwerb der Potsdam-Magdeburger Bahn gleichfalls mit großer Majorität und nahm die übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfs unverändert an. Die Vorlage über den Erwerb des hessischen Theils der Main-Weser-Bahn wurde in an die Eisenbahncommissionen verwiesen.

Berlin, 4. Februar. Das Abgeordnetenhaus trat heute in die zweite Berathung des Gesetzentwurfs über den Erwerb der Rheinischen und Potsdamer Bahn. Im Laufe der Debatte erklärte der Finanzminister gegenüber den Aeußerungen einiger Redner: Die Regierung werde bei Kündigung der Prioritäts-Obligationen vorsichtig zu Werke gehen und die allgemeinen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Geldmarkte berücksichtigen. Betreffs der Aufstellung des Planes für die Convertirung könne er die in der Commission ausgesprochenen Bedenken nur wiederholen. Die Aufstellung eines solchen Planes würde nur die Folge haben, daß die Spekulation die Operationen für ihre Zwecke ausbeuten würde. Die Regierung würde dabei schlechte Geschäfte machen und dürften die Prioritäteninhaber einen erheblichen Zoll an der Börse zu entrichten haben. Was den ungewöhnlich hohen Conseilscours betreffe, sei die Steigerung wohl erklärlich und entsprungen durch die starke Nachfrage, welche nicht befriedigt werden konnte, der Cours habe noch keine schwindelhafte Höhe erreicht.

Berlin, 4. Januar. Die „Norddeutsche" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß das Staatsministerium auf Antrag des Arbeitsministers abgelehnt habe, in Verhandlungen wegen Verkaufs des Staßfurter Steinkalisalzbergwerks einzutreten.

München, 4. Februar. Die zweite Kammer nahm den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuches betreffs Spielens in ausländischen Lotterien in erster Lesung an. Bei Fortsetzung der Etatsberathung beantragte der Ausschuß bei den Ausgaben für Reichszwecke 1880/81 anstatt des veranschlagten Matrikularbeitrags von 16,300,000 nur 16,000,000 Mk. zu bewilligen; Daller beantragte, den König zu bitten, daß er der Bundesrathsvorlage über Ergänzung des Reichsmilitärgesetzes, insoweit dadurch das Septennat erneuert und die Militärlast vergrößert werde, seine Zustimmung im Bundesrathe nicht ertheilen möge. Der Präsident erklärte, er werde den Antrag in den nächsten Tagen zur Berathung auf die Tagesordnung stellen. Joerg beantragte, die ganze Etatspost von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, damit dieselbe zugleich mit dem Antrag Daller berathen werde. Der Antrag Joerg's wird angenommen.

San Francisco, 3. Febr. Nachrichten aus Unterkalifornien zufolge, berief der Gouverneur der Provinz Frontera die Miliz unter Waffen und proklamirte den Belagerungszustand im ganzen Distrikte in Folge des Aufstandes in Lapaz unter Manguez. Letzterer wurde aus Lapaz vertrieben und ist nordwärts mit einigen Anhängern geflohen.

Locales und Sächsisches.

— Der Apotheker Otto Eder zu Dresden hat das Ritterkreuz 1. Kl. und der Schuldirektor Karl das Ritterkreuz 2. Kl. vom Albrechtsorden erhalten.

— Einfach und ohne Gepränge ging gestern Morgen die Ankunft Sr. K. K. Hoheit des österreichischen Kronprinzen vorüber, hatte doch der hohe Gast von vornherein auf einen öffiziellen Empfang verzichtet. So kam es denn auch, daß ein wenig zahlreiches Publikum auf dem Perron des böhmischen Bahnhofes sich eingefunden hatte. 8 Minuten nach 8 Uhr traf der von Herrn Transport-Inspektor Haltenstein geleitete Extrazug hier ein und hielt vor dem Königszimmer. Se. Maj. der König und Se. K. H. Prinz Georg eilten dem hohen Gaste freudig entgegen, reichten ihm die Hand und küßten ihn auf die Wangen. Se. Majestät trug die Uniform seines k. k. österr. 3. Dragoner-Regimentes, Se. K. H. Prinz Georg die Uniform seines böhmischen Infanterie-Regimentes Nr. 11. Die Begrüßung währte nur wenig Sekunden, während welcher sich das Publikum in respektvoller Entfernung hielt. Zum Empfange hatten sich eingefunden der k. k. österr. Gesandte Frhr. v. Franckenstein, mit den Gesandtschaftsmitgliedern Graf Wodzicki und Bacon v. Sterneck, der k. k. österreichische General-Konsul zu Leipzig, Dr. Ritter v. Scherzer, der Generaldirector der Sächs. Staatsbahnen Geh. Rath v. Tschirschky, der k. Flügeladjutant Oberstlieutenant v. Winckwitz, General v. Funcke, sowie Mitglieder des hiesigen österreichisch-ungarischen Vereins. Im Gefolge Sr. K. K. H. des Kronprinzen Rudolf befinden sich u. A. Oberhofmeister Graf v. Bombelles, Oberst und Oberst-Stallmeister des österreich. Kaisers Graf Valffy und Flügel-Adjutant Herr v. Eichendacher. Die Herrschaften begaben sich direkt nach dem Königlichen Residenzschloß, woselbst Se. K. K. Hoheit in der 2. Etage Quartier genommen hat. Gestern Abend wohnte der hohe Gast dem in der 2. Etage des Königl. Schlosses stattgefundenen Kammerballe bei und heute nimmt er an der von Sr. Maj. dem Könige auf Moritzburger Revier arrangirten Hirschjagd Theil, an welcher sich außer diesem auch noch Se. K. H. der Prinz Georg, Flügeladjutant Oberstleutnant von Minckwitz und Rittmeister von der Planitz betheiligen. Die Abreise soll gutem Vernehmen nach noch heute Nacht erfolgen.

— Landtag. Die Erste Kammer erledigte gestern das Justizbudget. Der Referent Seiler-Neuenhain flehte zum Himmel, daß uns weitere derartige Reorganisationen wie das neue Gerichtsverfahren wenigstens für die nächste Zukunft erspart bleiben möchten. Die 2. Kr. hatte bekanntlich auf Antrag des Abg. Freytag beschlossen: die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrathe auf Abänderung des Gerichtskostengesetzes, namentlich Herabsetzung der in demselben festgestellten Normalbeträge hinzuwirken. Die diesseitige Deputation empfahl zwar Beitritt zu diesem Beschlusse der Zweiten Kammer, doch wurde derselbe mit 23 gegen 20 Stimmen abgelehnt, nachdem Justizminister Dr. v. Abeken und Präsident v. Criegern dagegen gesprochen. Der Minister theilte mit, daß eine Revision des Gerichtskostengesetzes in Aussicht genommen sei und daß hierzu Material, insbesondere über die finanziellen Erfahrungen mit den gegenwärtigen Kostenbeträgen, gesammelt werde. Auf einen solchen Beschluß, wie den von der 2. Kr. gefaßten, würde sich die Regierung nicht berufen können, weil derselbe aus einer Zeit stamme, da noch keine Erfahrungen vorlagen. Im Uebrigen trat die Kammer allenthalben den von der 2. Kr. gefaßten Beschlüssen bei. — Die zweite Kammer berieth die Etats des Straßen-, Wasser- und Hochbauwesens (Ref. Abg. Wenzig). Petitionen auf Herstellung von Straßen durch das Prießnitzthal, durch's wilde Weißeritzthal, zwischen Burkau und Bischofswerda, von St. Thekla über Meckau nach Leipzig, von Pulsnitz über Oborn nach Bretnig, von Schlettau über Hermannsdorf nach Annaberg, von Schönfeld nach Buchholz, durch das Wehlathal und durch das Triebischthal, sowie eine Petition um Erbauung einer Muldenbrücke bei Trebsen wurden sammt und sonders der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen, obgleich die Vertreter der in Frage stehenden Gegenden sich redlich bemühten, für ihre Schützlinge eine bessere Censur auszuwirken. Für Straßen- und Brückenbauverwaltung wurde ein Zuschuß von 3,620,580 Mark, für Wasserbauverwaltung ein solcher von 225,470 Mark, für Hochbauverwaltung ein solcher von 127,480 Mk. und für Bauverwaltereien endlich ein solcher von 98,000 Mark bewilligt.

— Der zweite Subskriptionsball im Königl. Hoftheater der Neustadt findet wie vorausbestimmt und unter Antheilnahme des Königlichen Hofes diesen Sonnabend den 7. Februar statt. Auch diesmal wird die Zahl der Karten, welche ausgegeben wird, beschränkt sein. Doch ist vollkommen noch Zeit zur Billetbestellung, welche in der Alt- wie der Neustadt angebracht werden kann. Zum letzten Male in dieser Saison entfaltet in jenen schönen Räumen die vornehme Gesellschaft alle Eleganz und Pracht und wer nicht tanzend dem Feste beiwohnen mag, der sehe sich von den Logensitzen aus das hochinteressante Leben und Treiben wenigstens an. Auch eine Anzahl österreichischer Offiziere und Cavaliere aus Prag und Theresienstadt wird diesmal den Ball frequentiren.

Alle jungen Leute, die sich freiwillig zum dreijährigen Militärdienst melden wollen, dürfte es interessiren zu erfahren, daß den Freiwilligen die Wahl des Truppentheils, bei dem sie ihrer Militärpflicht genügen wollen, in Zukunft innerhalb des ganzen Deutschen Reichs (einschließlich Baiern) freisteht, während seither die Wahl des Truppentheils nur innerhalb des Brigadebezirks gestattet war. Die bezüglichen Militärpflichtigen erhalten zu diesem Zweck im Musterungstermine Meldescheine ausgestellt und können sich damit bei jedem deutschen Truppenkommando zum Diensteintritt melden. Die Annahme und bezw. Einstellung der Freiwilligen ist natürlich davon abhängig, daß sie zu dem gewählten Truppentheile tauglich sind.

Schon im vorigen Jahre hatten wir zu Lichtmeß einen sonnenhellen Tag, und die uralte Regel, daß der Schäfer zu Lichtmeß lieber den Wolf in den Stall kommen, als die Sonne scheinen sieht, trat ein, denn der vorjährige Nachwinter ist noch im besten oder vielmehr im schlechtesten Andenken. Am diesjährigen Lichtmeßtage war abermals ungetrübter Sonnenschein, und gar viele Leute, welche fest an jene Regel glauben, sehen mit Bangen der Erfüllung derselben entgegen, umsomehr, als die schon drittehalbmonatliche Herrschaft des diesmaligen Winters unter den Kohlen- und Holzvorräthen gräßlich gewirthschaftet hat. Freilich bleibt auf der anderen Seite der Trost, daß die erwähnte Regel auch in vielen Jahren nicht eingetroffen ist, und daß der sonnenklare Dienstag der unmittelbare Nachfolger so und so vieler vorangegangener ist, während im vorigen Jahre zu Lichtmeß der erste sonnenhelle Tag nach zahlreichen vorangegangenen trüben war.

— Die Aichung von Meterstäben, an denen eine Markirung des alten Ellenmaßes angebracht ist, sowie der Gebrauch solcher Maßstäbe im Verkehr, ist nach einer Bekanntmachung der k. Ober-Aichungs-Commission auch dann unzulässig, wenn die fragliche Markirung nicht genau mit dem alten Ellenmaße, sondern nur mit einem annähernden Betrage desselben zusammenfällt.

— Das Haus Nr. 19 der Schloßstraße hat nach uralten Stadtplänen schon 1510 gestanden; bis 1590 besaß es Hans von Kottwitz auf Piel und Radegast und bis 1613 Magdalena von Miltitz, welcher es Kurfürst Johann Georg am 6. März für 4000 Meißnische Gülden (à Mk. 2,10) abkaufte, um es am 19. April desselben Jahres an seinen getreuen Kammerdiener Michael Schulz zu verschenken. Das Grundstück hatte außer zwei großen Gebäuden ein Wasserhaus mit „sechs ganzen Leubnitzer Röhrwassern". Vom 16. Februar 1677 ab ließ es der kurfürstliche Rent-Secretär Burchardi vollständig umbauen und vom Jahre 1718 bis 1798, also volle 80 Jahre hindurch, war das Grundstück im Besitze der Familie Thenius. 1752 wird ein M. Johann Gottlieb Thenius, Diaconus an der Kreuzkirche, und 1775 Benjamin Thenius, Senator, als Besitzer jenes Hauses genannt, und der vor wenig Jahren verstorbene Pastor prim. an der Neustädter Hauptkirche, Konsistorialrath Dr. theol. Thenius, hatte bis an sein Lebensende höchst interessante handschriftliche Nachrichten und alte Silbermünzen in den Händen, welche in dem Knopfe des im Hofe früher befindlichen Wendelthurmes gefunden worden waren.

— Magdeburger Blätter melden von einem daselbst verübten Gatten-Morde; der Thäter soll hiernach seine von ihm getrennt lebende Ehefrau am vergangenen Sonnabend Nachmittags auf der Straße durch mehrere Revolverschüsse getödtet, dann sich selbst schwer verwundet haben und in ein Krankenhaus geschafft worden sein. Privat-Nachrichten bestätigen und ergänzen diese Mittheilung dahin, daß der Thäter Kaufmann Moritz B...., aus Magdeburg gebürtig, bis vor wenigen Monaten in Dresden domicilirte und hierselbst als Agent für aus